

**Erstaunliche Studie:** Wie der TV vom 07.04.13 in dem Artikel „Stärkung oder Abschaffung der Ortsbeiräte. Arbeitsgruppe der Uni stellt Studie ‚Zukunft der lokalen Demokratie in den Trierer Stadtteilen‘ vor“ berichtet, gibt es zumindest nach dem Willen der Politikwissenschaftler der Uni Trier drei verschiedene Szenarien, nach denen sich eine Zukunft für die Trierer Kommunalpolitik wird entwickeln lassen.

Das erste Szenario basiert auf einer Studie, die eigens von den Politikwissenschaftlern bei den Ortsbeiräten in Trier erhoben wurde, nachdem laute Kritik vor allem aus Heiligkreuz (2012) und dann Anfang des Jahres 2013 von ca. 50 Ortsbeiräten parteiübergreifend aus allen Stadtteilen erhoben wurde. Der Oberbürgermeister unterstützte diese Studie höchst selbst, nachdem erneut von den 50 Ortsbeiräten starke Kritik an seiner Vorgehensweise geübt wurde, die Ortsvorsteher ins Rathaus eingeladen zu haben, um sich ihres Lobes gegenüber der Arbeitsweise der Stadtverwaltung zu versichern und sich bestätigen zu lassen, dass die Verwaltung beste Arbeit leiste, was der Heiligkreuzer „Brandbrief“ zuvor in Frage gestellte hatte. Somit wurden alle 264 Ortsbeiräte in 19 verschiedenen Stadtteilen in Trier von der Uni angeschrieben, um einen Fragebogen auszufüllen, den die Studenten mit 28 Fragen ausgearbeitet hatten. Immerhin antworteten 130 Ortsbeiräte. Zusätzlich wurden aber noch 96 Trierer Bürger/innen „nicht repräsentativ“ ausgesucht, die ebenfalls zur Trierer Kommunalpolitik befragt wurden.

Das Ergebnis dieser empirischen Erhebung ist ziemlich eindeutig:

„Die Ortsbeiräte sehen Optimierungsbedarf in den Entscheidungsprozessen und der Kommunikation“ (TV, 07.04.13), erläutert Prof. Lorig, der die Arbeitsgruppe leitet. Dieses Ergebnis erstaunt nicht wirklich, denn schon die parteiübergreifende Gruppe der 50 Ortsbeiräte forderte in einem Positionspapier, dass die Ergebnisse der gemeinsamen Beratung in Heiligkreuz Ende Januar 2013 zusammenfasst, „eine Erweiterung der Entscheidungsrechte und eine stärkere Haushaltsautonomie“ (TV, ebd.) für die Ortsbeiräte vor Ort. Mit anderen Worten: Es geht den Ortsbeiräten um eine größere „Machtübertragung“ (TV, ebd.) bei den Entscheidungen vor Ort, was die derzeitige Bevormundung durch die Verwaltung und den Stadtrat relativieren könnte, um dadurch eine bessere Bürgernähe bei den politischen Belangen vor Ort zu erreichen. Hier solle vor allem eine „Neuordnung der Beratungsabläufe“ (TV, ebd.) politisch umgesetzt werden, so dass die Ortsbeiräte ihre Entscheidungen „vor“ den Beratungen der Dezernatsausschüsse und des Stadtrates kund tun können, damit diese in die Entscheidungsprozesse des Stadtrates einfließen und somit auch Berücksichtigung erfahren können. Insofern bestätigt die Studie den Vorstoß und die überparteiische Positionierung der 50 Ortsbeiräte, die sich in Heiligkreuz getroffen hatten, nun auch durch eine eindeutige empirische Faktenlage. – Das ist gut so!

Allerdings berichtet der TV im gleichen Artikel auch darüber, dass sich die Arbeitsgruppe der Politikwissenschaftler an der Uni Trier auch über die empirische Erhebung des Meinungsbildes der Ortsbeiräte und ausgesuchten Bürger/innen, die an der Studie teilgenommen hatten, selbst Gedanken gemacht hat. - Das erwartet man als politisch engagierter Bürger/in freilich auch von einer wissenschaftlichen Studie.

Allerdings geht aus dem Artikel von Jörg Pistorius nicht klar hervor, auf welcher „empirischer Basis“ denn die „eigenen“ Überlegungen der studentischen Arbeitsgruppe basieren? Es geht jedenfalls nicht klar hervor, ob die in der Überschrift des Artikels zum Ausdruck gebrachte Alternative, die durch ein kontradiktorisches „oder“ bezeichnet wird (Stärkung ODER Abschaffung), sich ebenfalls aus der Studie ableiten lässt – oder nicht?

Mir persönlich erscheint es eher seltsam, dass beide Alternativen sich aus der Studie sollten ableiten

lassen! Zumal, wenn – wie in dem Artikel des TV– nahe gelegt wird, dass das Ergebnis der Befragung der Ortsbeiräte relativ eindeutig zu sein scheint.

Somit muss das „Subjekt“ der weiterreichenden Überlegungen der Arbeitsgruppe, wie die „Zukunft der lokalen Demokratie in den Trierer Stadtteilen“ (TV, Ebd.) aussehen könnte, ein anderes sein als das der „Ortsbeiräte“, die hier befragt worden sind. In diese Richtung scheint auch die Formulierung von Jörg Pistorius zu gehen, wenn er schreibt:

„Die Politikwissenschaftler (sic!) dachten auch in eine völlig andere Richtung“ (TV, ebd.). Mit welchem Recht sie das aber taten, wird in dem Artikel nicht thematisiert, ebenso wenig wie die Frage nach den von ihnen zugrunde gelegten Kriterien offengelegt oder erörtert wird, auf denen ihre eigenen Überlegung basieren. – Das ist ein zumindest wissenschaftlicher Mangel!

Denn: Auf der einen Seite wird eine empirische Befragung durchgeführt (mit weitgehend eindeutigen Ergebnissen!), während auf der anderen Seite völlig unklar bleibt auf welcher Datenbasis die eigenen Schlussfolgerungen begründet wurden bzw. überhaupt gerechtfertigt werden könnten. Zudem ist die kontradiktorische Alternative zur „Zukunft der lokalen Demokratie“ (TV, ebd.) eben nur KEINE lokale Demokratie mehr zu haben. Mit anderen Worten: Die „Abschaffung“ der Ortsbeiräte in Trier kann kaum als ein Akt der „Demokratie“ verstanden werden, weil dann jegliche „Bürgernähe“ fortfiel. Es bleibe dann lediglich eine von bloßen parteiinteressen durchsetzte politische Landschaft, die sich nur wenig von reinem Lobbyismus unterscheiden würde.

Allerdings wird dieses zweite Szenario, nämlich die Abschaffung der Ortsbeiräte durchaus in der Verwaltung und im Stadtvorstand diskutiert. Dies sind aber keine rein basisdemokratisch gewählten Gremien und zudem bloß exekutive Verwaltungseinheiten, die von den basisdemokratisch gewählten Mandatsträger/innen gerade in ihrem Tun kontrolliert werden sollen. Dennoch habe ich selbst in Dezernatssitzungen gehört, wie eine Dezernentin offen dafür plädiert hatte, dass die gänzliche Abschaffung der Ortsbeiräte eine erhebliche Erleichterung für die internen Verwaltungsprozesse bedeuten würde und damit auch effizient wäre. – Allerdings wäre dies immer nur eine Einzelmeinung, wodurch die zugrunde gelegte empirische Faktenlage ziemlich zusammengeschrumpft wäre hin zu einem rein bürokratischen Verwaltungslobbyismus. – Dies kann aber nicht im Sinne einer wissenschaftlichen Studie sein!

Ebenso wenig kann dürfte auch das dritte Szenario auf einer breiten empirischen Datenerhebung fußen. Denn wenn die „Ortsbeiräte“ hier zwar auch nicht gänzlich abgeschafft werden, sondern durch eine „Stärkung der Rolle der Ortsvorsteher“ (TV, ebd.) kompensiert werden sollte, dann hieße das eine Entdemokratisierung gegenüber dem basisdemokratischen Ansatz (vgl. Szenario 1), der die Belange der Bürger/innen vor Ort durch politisch breit gefächerte Ortsbeiräte artikuliert. Ganz im Gegenteil: Wenn die Rolle der Ortsvorsteher gestärkt und durch „mit Vertretern aus den Bereichen Bildung, Soziales, Wirtschaft und Kirche“ (TV, ebd.) angereichert werden sollte, damit die „Ortsvorsteher“ nicht gar als monarchische Oligarchen ihr Unwesen treiben könnten, dann wird ebenso die demokratische Entscheidungsfindung außer Kraft gesetzt, dann alle diese „Lobbyisten“ können kein demokratisches Mandat vorweisen. – Auf diese Weise würde aber die „Demokratie“ auf das Perverseste untergraben und ausgehöhlt werden können, was einem neo-liberalen, nach Maßgabe privat-wirtschaftlicher Entscheidungen mit klarer Hierarchiebildung geschuldeten Modell politischer Entscheidungsfindung entspräche. Beispiele dafür kann ich aus eigener politischer Erfahrung (leider!) genug geben:

1) In der Absage, einen demokratisch gewählten Mandatsträger der Linken Gruppierung im zweiten "Bürgerhaushalt", zu dem ALLE Trierer Bürger/innen aufgerufen waren, ihre Prioritäten zu

benennen, an den Online-Kommentaren der Stadträte teilnehmen zu lassen (2010). Obwohl ich ein gewählter Mandatsträger war, wurde ich als „Beisitzer“ von der Koordinierungsrunde offiziell wieder „ausgeladen“ - und das, obwohl dort weiterhin bloße „Lobbyisten“ aus dem kulturellen Lebens Trier teilnahmen und „berufen“ wurden (-was prinzipiell nicht schlecht wäre, wenn es der Meinungsbildung diene), die aber alle nicht „demokratisch“ legitimiert worden waren, sondern hierarchisch vom Oberbürgermeister bestimmt wurden. Unter anderem auch Prof. Wolfgang Lorig, der Projektleiter dieser jetzigen Studie an der Uni Trier!

2) In dem Umstand, dass einige Ortsvorsteher/innen schon jetzt ihre sehr großen Einflussmöglichkeiten dazu nutzen, am Plenum des jeweiligen Ortsbeirates vorbei (!) parteipolitisch gefärbte Statements abzugeben und auf diese Weise suggerieren, ihre Statements wären durch die die Meinungsbildung des „Ortsbeirates“ legitimiert, als dessen Sprecher sie fungierten. So vielfach geschehen bei der Einladung des Oberbürgermeisters zur „Reinwaschung“ der Verwaltungstätigkeiten nach der Kritik des Heiligkreuzer „Brandbriefes“; u.a.m.

Fazit: Es gibt keine „demokratische Alternative“ zu den Überlegungen der befragten Ortsbeiräte und ihrer in der Studie dargestellten Ergebnisse, die sowohl in den Forderungen der 50 Ortsbeiräte Anfang des Jahres in Heiligkreuz zum Ausdruck gebracht wurden als durch die empirische Grundlage der Befragung in der Studie (hier im ersten Szenario) von 130 weiteren Ortsbeiräten in ihrer inhaltlichen Stoßrichtung bestätigt wurden.

Alles andere wäre zwar auch „möglich“ – es entspräche aber nicht (basis-)demokratischen Kriterien und soll darum auch nicht „wirklich“ werden.

PS:

Eine wirkliche Alternative zu den unter Szenario 2) und 3) oben entwickelten Punkten der Arbeitsgruppe der Uni Trier bietet dagegen das „Kommunalpolitische Wahlprogramm“ der Partei DIE LINKE aus dem Jahre 2009. Dort wurde eine Lösung für das gesamte oben erwähnte Problemgeflecht formuliert:

Es heißt dort unter anderem unter dem Stichwort „Stadtentwicklungspolitik“, dass „jeder Stadtteil und jedes Quartier in Trier ein entsprechendes „Management“ benötigt. [...] Aus diesem Grund will sich DIE LINKE für eine Institutionalisierung eines professionellen Quartiermanagements in jedem einzelnen Stadtteil einsetzen. [...] Das böte die Gewähr, die Entwicklung der einzelnen Stadtteile und die Umsetzung der Stadtteilrahmenplanungen voran zu treiben und die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form weiterhin an der Stadtentwicklung zu beteiligen. Schließlich waren die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen gewesen, sich mit ihrem Votum zur Stadtentwicklung zu äußern. Die Schwerpunkte dieser Stadtteilarbeit sollen in Absprache mit den Ortsbeiräten durchgeführt werden. DIE LINKE setzt sich für eine partizipative Selbstverwaltung in den Stadtteilen Trier ein.“ (Kommunalpolitisches Wahlprogramm für die Stadt Trier, 2009, S. 12f)

Also: Statt „Abschaffung“ der Ortsbeiräte oder statt einer „Stärkung der Rolle der Ortsvorsteher“ heißt die reale Alternative: Professionelles Quartiermanagement für alle 19 Stadtteile in Trier (- und nicht nur für ein paar willkürlich ausgesuchte Stadtteile unter dem Verdikt der „sozialen Stadt“ – solange dafür das Land und der Bund Finanzmittel zur Förderung bereitstellen).